AußenwirtschaftsNews – Mittel- und Osteuropa

09/2025

Mit unserer monatlichen Veröffentlichung *AußenwirtschaftsNews* informieren wir Sie in kompakter Form über wichtige wirtschaftliche und politische Entwicklungen auf Auslandsmärkten. Die *AußenwirtschaftsNews* gibt es derzeit für unsere Fokus-Regionen USA, Mittel- und Osteuropa sowie China.

1 Albanien

Am 11. September 2025 trat das neu gewählte albanische Parlament zu seiner ersten Sitzung zusammen. Im Anschluss an die konstituierende Sitzung wurde die neue Regierung gebildet, das Kabinett „Rama IV“ unter der Leitung von Ministerpräsident Edi Rama. Mit der erneuten Regierungsübernahme durch die Sozialistische Partei wird die politische Kontinuität gewahrt.

Mit Diella gibt es das erste nicht physisch präsente Regierungsmitglied, geschaffen durch Künstliche Intelligenz. Sie soll sicherstellen, dass „öffentliche Ausschreibungen zu 100 Prozent korruptionsfrei“ ablaufen. Außerdem soll sie staatlich finanzierte Projekte leiten und die Regierung unterstützen schneller und transparent zu arbeiten. Diella existiert bereits als Assistentin auf einem Serviceportal für öffentliche Dienstleistungen.

2 Moldau

Am 28. September 2025 wurde in der Republik Moldau ein neues Parlament gewählt. Die regierende proeuropäische Regierungspartei PAS hat ihre absolute Mehrheit verteidigt und liegt damit deutlich vor dem prorussischen Block. Moldau ist seit 2022 EU-Beitrittskandidat, im Juni 2024 wurden die Aufnahmegespräche gestartet. Das Land strebt einen EU-Beitritt bis 2030 an. Weitere Informationen finden Sie auf deutschlandfunk.de.

3 Polen

[GTAI](#) berichtet, dass kein NATO-Mitgliedstaat im Verhältnis zur Wirtschaftskraft so viel für Verteidigung ausgibt wie Polen – im Jahr 2025 voraussichtlich 4,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Der Rüstungsetat bleibt auch in Zukunft beachtlich. Die Beratungsagentur Deloitte schätzt, dass Polens Verteidigungsausgaben zwischen 2025 und 2035 mehr als doppelt so hoch sein werden wie in den zehn Jahren zuvor.

Internationale Rüstungskonzerne erhalten laut Tageszeitung Rzeczpospolita bis zu 80 Prozent der Mittel aus dem Budget für neue Ausrüstung. Langfristig sollen 50 Prozent der Rüstungsausgaben an die polnische Industrie vergeben werden.

Ansprechpartner

Lisa Zölch

Abteilung Volks- und Außenwirtschaft

Telefon +49 (0) 89-551 78-258

lisa.zoelch@vbw-bayern.de

www.vbw-bayern.de

Hinweis:

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich ohne jede Diskriminierungsabsicht grundsätzlich auf alle Geschlechter.